



**Protokoll der 30. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld
vom Mittwoch, 18. April 2018, 18:00 Uhr im Rathaus**

- Vorsitz:** Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer
- Namensaufruf:** 37 anwesende Mitglieder
- Entschuldigt:** Gemeinderätin Severine Hänni, Gemeinderat Christoph Tschanen,
Gemeinderat Stefan Vontobel
- Mitanwesend:** 5 Stadtratsmitglieder
- Gemeinderatssekretär:** Herbert Vetter

- - -

Traktanden

- 170 Mitteilungen
- 171 Protokoll der Sitzung vom 21. März 2018
- 172 Ersatzwahl eines Mitglieds der GPK Bau, Werke, Anlagen für den Rest der Legislatur 2015-2019 (Nachfolge von Gemeinderätin Irina Meyer, Fraktion CH/Grüne/GLP)
- 173 Ersatzwahl eines Mitglieds der GPK Bau, Werke, Anlagen für den Rest der Legislatur 2015-2019 (Nachfolge von Gemeinderat Heinrich Christ, Fraktion CH/Grüne/GLP)
- 174 Ersatzwahl eines Mitglieds der GPK Gesellschaft und Gesundheit für den Rest der Legislatur 2015-2019 (Nachfolge von Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott, Fraktion CH/Grüne/GLP)

- 175 Interpellation betreffend "Förderung der höheren Bildung in Frauenfeld" von Gemeinderat Heinrich Christ
ev. Diskussion
- 176 Erneuerung Hallenbad: Variantenentscheid für einen Neubau am bisherigen Standort sowie Gewährung eines Kredits von 350'000 Franken für die Durchführung eines Architekturwettbewerbs und die Ausarbeitung eines Vorprojekts
Eintreten, Materielle Beratung, Beschlussfassung

Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer (CVP): Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, ich begrüsse Sie herzlich zu unserer heutigen Sitzung an diesem wunderschönen fast schon Sommertag.

Für die heutige Sitzung hat Stefanie Brändle von Radio Top die Erlaubnis erhalten, an der Sitzung teilzunehmen. Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Ich begrüsse unseren Ratskollegen Christoph Regli, der nach seinen langen, langen Ferien wieder unter uns weilt, herzlich.

Auf unserem Gemeinderatsausflug mit zwei bewährten Führern konnten wir bei schönstem Wetter bei einer etwas anderen Stadtführung, nämlich Kultur verbunden mit Kulinarik, die Frauenfelder Innenstadt erleben und Interessantes hören. Wie ich von verschiedenen Seiten gehört habe, hat es auch bei den in der Stadt aufgewachsenen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten Aha-Erlebnisse gegeben.

Seit der letzten Sitzung am 21. März haben folgende Gemeinderäte ihren Geburtstag gefeiert: im März Gemeinderat Romeo Küng, Gemeinderat Robin Kurzbein, im April Gemeinderat Michael Hodel und unser Gemeinderatssekretär Herbert Vetter. Ich gratuliere euch nachträglich herzlich zum Geburtstag. Einen Tag vor unserer Märzsitzung hat Stadträtin Christa Thorner ihren Geburtstag gefeiert. Und ich möchte auch dir liebe Christa nachträglich noch herzlich gratulieren.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt die Gemeinderatspräsidentin fest, dass 37 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 20.

Die Traktandenliste wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Gemeindeordnung Art. 26 Abs. 2 zugestellt. Da niemand das Wort zur Tagesordnung wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

170

MITTEILUNGEN

Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer (CVP):

1. Die Botschaft Nr. 30a „Nachtrag Erteilung eines Baurechts an die Stiftung Sandhalle für die Erstellung einer Beachvolleyballanlage auf der Kleinen Allmend“ sowie die Botschaft Nr. 33 „Anpassung des Zonenplans im Bereich der Ringstrasse 18“, die an der Märzsit-

- zung auf Ihrem Tisch aufgelegt waren, wurden am 21. März 2018 im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet.
2. Die einfache Anfrage „Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern“ von Gemeinderätin Félicie Haueter wurde am 22. März 2018 im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet.
 3. Die einfache Anfrage „Frauenfelder Sportlerwahl/Sportlerehrung“ von Gemeinderätin Christa Zahnd wurde am 22. März 2018 im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet.
 4. Die einfache Anfrage „Agglomerationsprogramm Regio Frauenfeld“ von Gemeinderat Andres Storrer wurde am 22. März 2018 im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet.
 5. Die einfache Anfrage „Taxistandplätze in Frauenfeld“ von Gemeinderat Ralf Frei wurde am 22. März 2018 im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet.
 6. Die Botschaft Nr. 34 „Gesamtrevision des Baureglements der Stadt Frauenfeld sowie das Baureglement Beschlussfassung“ haben wir per Post erhalten und wurde am 6. April 2018 im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet.
 7. Die Botschaft Nr. 35 „Änderung Reglement zum Schutzplan Natur- und Kulturobjekte sowie das Reglement mit Erläuterungen“ haben wir per Post erhalten und wurde am 6. April 2018 im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet.
 8. Es wurde ihnen eine Einladung zur 25. Sitzung der GPK Finanzen und Administration vom 23. April, die um 18:00 Uhr stattfindet, zugestellt. Die Sitzung ist fakultativ für Nicht-GPK-Mitglieder.
 9. Der Rechnungsordner 2017 liegt auf ihren Tischen auf. Wer ihn heute Abend nicht mitnehmen möchte, bitte liegen lassen und er wird Ihnen per Post nach Hause geschickt. Für jene, welche ihn mitnehmen möchten, liegen draussen auf dem Tisch Papiertaschen, in die sie den Ordner stecken und mit nach Hause nehmen können.

171

PROTOKOLL DER SITZUNG VOM 21. MÄRZ 2018

Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer (CVP): Das Protokoll der 29. Sitzung des Gemeinderats wurde am 29. März 2018 im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet. Bis zum heutigen Zeitpunkt sind keine Änderungen oder Ergänzungen eingegangen. Wird das Wort zum Sitzungsprotokoll vom 21. März gewünscht? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist das Ratsprotokoll stillschweigend genehmigt. Ich bedanke mich beim Ratssekretär und allen Beteiligten ganz herzlich für das Protokoll.

172

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DER GPK BAU, WERKE, ANLAGEN FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2015-2019 (NACHFOLGE VON GEMEINDERÄTIN IRINA MEYER, FRAKTION CH/GRÜNE/GLP)

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP: Zuerst eine Vorbemerkung: Es kommen jetzt gleich einige Wahlen auf Sie zu, dafür bitte ich um Verständnis und um Ihre Unterstützung. Sie kennen das alle. Es ist wichtig, dass man als Fraktion so organisiert ist, dass es allen wohl ist und dass alle möglichst effizient mitarbeiten können. Deshalb haben wir eine gewisse Rochade vorgenommen oder möchten diese jetzt mit Ihnen zusammen vornehmen.

Als Nachfolger von Gemeinderätin Irina Meyer schlagen wir Ihnen Gemeinderat Michael Pöll vor.

Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer (CVP): Ich schlage Ihnen vor, gemäss Art. 56 Abs. 3 des Geschäftsreglements die Wahl offen durchzuführen. Sind Sie damit einverstanden?

Abstimmung

Gemeinderat Michael Pöll wird einstimmig bei Enthaltung der eigenen Stimme gewählt.

173

**ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DER GPK BAU, WERKE, ANLAGEN FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2015-2019
(NACHFOLGE VON GEMEINDERAT HEINRICH CHRIST, FRAKTION CH/GRÜNE/GLP)**

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP: Als Nachfolgerin von mir schlagen wir Ihnen Frau Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott vor.

Abstimmung

Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott wird einstimmig bei Enthaltung der eigenen Stimme gewählt.

174

**ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DER GPK GESELLSCHAFT UND GESUNDHEIT FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2015-2019
(NACHFOLGE VON GEMEINDERÄTIN ANITA BERNHARD-OTT, FRAKTION CH/GRÜNE/GLP)**

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP: Als Nachfolger von Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott schlagen wir Ihnen Gemeinderat Roman Fischer vor.

Abstimmung

Gemeinderat Roman Fischer wird einstimmig bei Enthaltung der eigenen Stimme gewählt.

175

**INTERPELLATION BETREFFEND "FÖRDERUNG DER HÖHEREN BILDUNG IN FRAUENFELD" VON GEMEINDERAT HEINRICH CHRIST
EV. DISKUSSION**

Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer (CVP): Die Interpellation von Gemeinderat Heinrich Christ betreffend „Förderung der höheren Bildung in Frauenfeld“ wurde mit Beschluss Nr. 63 am 27. Februar 2018 vom Stadtrat beantwortet und am 1. März 2018 im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH): Der Grund, weshalb ich diese Interpellation eingereicht habe, ist nicht, dass ich dringend eine Weiterbildung machen möchte. Das wäre vielleicht interessant, aber dann hätte ich keine Zeit mehr, mit Ihnen hier zu debattieren, und das liegt mir am Herzen. Der Grund ist auch nicht die sich anbahnende Midlifecrisis und die Idee, nochmals ins Studentenleben einzutauchen. Das wäre vielleicht ein schöner Nebeneffekt. Nein, der Grund ist, dass ich interessiert bin und dass es mir ein Wunsch ist, dass Frauenfeld sich umfassend entwickelt und dass wir auch in Zukunft eine lebensfähige und attraktive Stadt bewohnen können.

Ich bedanke mich für die sorgfältige und aufschlussreiche Beantwortung meiner Fragen. Ich bin froh, dass der Stadtrat sich mit mir für das Thema interessiert. Trotz der guten Antworten habe ich noch einige Kommentare, die ich später gern anbringen möchte.

Die Aufforderung, die hinter dieser Interpellation steckt, ist natürlich nicht ganz ohne. Und wenn der Stadtrat hier weiterarbeiten soll oder will, braucht er die Rückendeckung des Parlaments. Und es braucht eine Aufarbeitung des Abstimmungsergebnisses zum Agro Food Innovation Park. Und darum, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, interessiert es mich nun sehr, wie die Fraktionen zu diesem Thema stehen. Gern beantrage ich deshalb Diskussion.

Abstimmung

Dem Antrag auf Diskussion wird mit 36 Ja-Stimmen bei 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH): Das Votum, mit welchem ich die Diskussion jetzt eröffnen möchte, ist in meinem Namen als Interpellant, aber gleichzeitig auch im Namen der Fraktion CH/Grüne/Grünliberale. Ich gehe dem Antworttext nach durch.

Vielleicht zuerst etwas zu den Vorbemerkungen: Dort äussert sich der Stadtrat zu den Kompetenzen. Es ist natürlich richtig, die Kompetenz zur Gründung von Hochschulen liegt beim Bund und den Kantonen, einmal abgesehen von privaten Hochschulen. Aber auch wenn wir nicht die Kompetenz haben, eine Hochschule zu gründen, so haben wir als Stadt doch ein lebendiges Interesse daran, dass wir vielleicht einmal zu einem Hochschulstandort werden. Bezüglich Standort besteht natürlich eine Konkurrenz zwischen den Städten, einerseits innerhalb des Kantons, aber auch innerhalb der Schweiz. Wir sind zwar stolz darauf, dass wir die Hauptstadt des Kantons Thurgau sind, aber wir sind leider nicht Paris und uns fliesst nicht alles von allein zu. Als Frauenfelder, das wissen die, die heute Vormittag im Grossen Rat sassen, müssen wir uns bemühen und für unsere Ansprüche kämpfen.

Dann eine Bemerkung zur Antwort auf Frage 2. Da geht es um die positiven Wirkungen. Da stimme ich dem Stadtrat zu. Es gibt allerlei ganz unterschiedliche positive Wirkungen, die von einer möglichen Hochschulinstitution ausgehen können. Was man vielleicht noch ergänzen könnte: Eine Hochschule ist sicher auch ein Magnet, um Talente nach Frauenfeld zu holen und es ist ein Mittel gegen den Brain Drain, der im Thurgau immer wieder diskutiert wird. Wir Frauenfelder sind etwas weniger stark davon betroffen als andere Gegenden, aber es ist auch für uns ein Thema.

Zur Antwort auf Frage 3: Da geht es um die Themen, die vielleicht interessant wären für Frauenfeld. Ich bedanke mich auch für die Ideen, die da geliefert werden. Es ist wichtig, wie es der Stadtrat mit dem Bundesrechenzentrum vorgemacht hat, immer wieder neue Ideen zu generieren und gegenüber Neuem offenzubleiben. Es wäre fatal, wenn wir uns zu fest von bestehenden Ideen, auch wenn sie gut sind, wie vor Ort Landwirtschaft usw., leiten lassen würden. Ich denke, in Frauenfeld haben wir mit den Wirtschaftsverbänden, Industrie- und Handelskammer, Gewerbeverband usw. starke Partner, die durchaus innovativ sind und bereit wären, mitzudenken.

Dann zur Antwort auf Frage 5: Da geht es darum, mit welchen Institutionen die Stadt derzeit in Kontakt sei. In den Antworten wird noch einmal über die Agro Food-Abstimmung gesprochen. Es ist verständlich, dass der Stadtrat zum jetzigen Zeitpunkt zurückhaltend ist. Wie ich es in der Begründung der Interpellation vermutet habe, darf das Abstimmungsergebnis zum AFIP aber nicht als Votum gegen die Ansiedlung von Forschungs- und Bildungsinstitutionen im Allgemeinen verstanden werden. Falls ich mit dieser Behauptung falsch liege, bitte ich gleich anschliessend in der weiteren Diskussion um Korrektur. Bisher bin ich davon ausgegangen, dass auch die Kritiker des AFIP – Andy Elliker hat mit seinem Engagement dort einen grossen Hebel angesetzt. Wie ich es verstanden habe, war deine Kritik oder deine Skepsis gegen dieses einzelne Projekt gerichtet und nicht gegen Bildung und Forschung im Allgemeinen. Ich lasse mich da aber auch gern korrigieren, wenn ich es falsch gesehen habe.

Dann eine letzte Bemerkung zur Antwort auf Frage 7, wie die Stadt konkret dazu beitragen kann, Ansiedlungen zu ermöglichen. Auch hier ist der Stadtrat verständlicherweise wieder zurückhaltend. Das darf er sein, aber andererseits sollte er aber auch nicht zurückhaltend sein. Man kann sich fragen, ob er so zurückhaltend sein muss. Dahinter steckt eine heikle Frage. Auf Grundlage der Gemeindeordnung ist nicht ganz klar, wie viel eigene Leistung die Stadt hier bringen darf und soll. Und letztlich muss das in jedem Fall neu definiert werden. In jedem einzelnen Projekt, wie es der AFIP war, müssen auch die Finanzkompetenzen eingehalten werden. Das hat damals ja auch gut geklappt. Was aber sicher möglich ist, ist aktives Lobbying, aktive Kontaktnahme mit interessanten Partnern usw. Denn mit Zurückhaltung allein, so viel ist sicher, werden wir wenig gewinnen.

Ich habe in der Zeitung gelesen oder auch in der Medienmitteilung, die wir bekommen haben, dass sich die Stadtentwicklung neu aufgestellt hat und verstärkt wurde. Ich denke, damit haben wir in der Stadt gute Bedingungen, aktiv zu bleiben und noch aktiver zu werden. Bei dieser anspruchsvollen Arbeit wünsche ich Ihnen viel Glück und ich freue mich auf die kommenden Entwicklungen in diesem Bereich. Damit bin ich hoffentlich nicht allein. Ich bin nun gespannt, wie Sie das sehen.

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP/GWB/Juso: Bildung ist ein zentraler Teil unserer Gesellschaft. Bildung ist Service Public, egal auf welcher Stufe die Bildung stattfindet, ob es die obligatorische Schulzeit betrifft, die Berufsbildung oder die Maturitätsschulen oder wie in der Interpellation die höhere Bildung. Bis zur sogenannten Sekundarstufe II sind wir in Frauenfeld sehr gut ausgestattet. Danach lüftet sich der Schleier aber sehr rasch, wie dies auch in der Antwort des Stadtrats zu lesen ist. Frauenfeld hat eine für höhere Bildung nachteilige Grösse. Die Stadt ist zu gross, um zu sagen, ist ja klar, hier wird wohl nichts stattfinden. Aber wir sind auch zu klein, damit sich eine Ansiedlung von Hochschule etc. wirklich lohnen würde. Auch sind in nicht weiter Ferne viele Hochschulen und Universitäten bereits vorhanden. Die räumliche Kleinheit der Schweiz lässt uns aber denken, es sei weit bis zu den entsprechenden Institutionen. In anderen Ländern wäre dieselbe Distanz bereits ein grosser Standortvorteil. Nichtsdestotrotz würden auch wir eine Ansiedlung sehr begrüßen. Dass dies aber nicht ganz einfach ist, dessen sind wir uns sehr wohl bewusst. Erfolgreich werden wohl nur Nischenangebote sein, die zum wirtschaftlichen Angebot in der Region passen. Der Stadtrat darf und soll weiterhin auf dem Gebiet aktiv sein und wir hoffen, dass das Angebot nicht ab-, sondern zunehmen wird, und hoffen auch, dass Initiativen wie beim Agro Food Innovation Park nicht noch einmal scheitern. Denn auch das ist Standortentwicklung und Stadtentwicklung.

Gemeinderat Christian Mader (EDU), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Unsere Fraktion ist mit den Antworten des Stadtrats grundsätzlich einverstanden. Bund und Kantone sind für die Ansiedlung von Institutionen der tertiären Bildung weitgehend zuständig, nicht die Städte. So ist der Bund Träger der ETHs, die Kantone der Universitäten und Fachhochschulen, die höheren Fachschulen fallen in die Kompetenzbereiche von Bund, Kantonen und Organisationen in der Arbeitswelt – so konnten wir es alle lesen. Das ist so. Eine dieser HF befindet sich im Bildungszentrum für Technik an der Kurzenerchingerstrasse. Natürlich bedauert auch unsere Fraktion, dass sich in Frauenfeld nicht mehrere Einrichtungen der tertiären Bildungsstufe befinden. Wenn wir uns jedoch ein Bild mit den Angeboten der höheren Bildung in unserer erweiterten Region machen, stellen wir schnell fest, dass mit Zürich, Winterthur, St. Gallen und auch Konstanz ein riesiges Angebot abgedeckt wird. Gesamtschweizerisch gesehen ist praktisch alles verteilt, begünstigt durch das Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz des Bundes. Es konzentriert sich halt auf bestehende Standorte, die entsprechend ausgebaut und erweitert werden. In erster Linie kommen diese zum Zug und nicht unbedingt neue Standorte. Was bleibt uns also in Frauenfeld? Trotzdem einiges. Wir profitieren stark von der Nähe zum Grossraum Zürich und dessen Institutionen. Dies zeigt sich auch in der ausgesprochen guten Verkehrsanbindung mit einem sich dem ZVV annähernden ÖV und mit zwei Autobahnanschlüssen. Bestehendes wie das Kantonsspital, der Waffenplatz sollen erhalten und sinnvolle Ausbaupläne gefördert werden. Gerade mit der Truppengattung Führungsunterstützung hat sich die Armee in den letzten Jahren in

Frauenfeld im Informatikbereich neu ausgerichtet, was sehr erfreulich ist. Die kantonale Verwaltung soll in der Hauptstadt gefestigt werden. Dass wir deren Ausbau nicht einfach so unterstützen, werden Sie aber sicher verstehen. Wir müssen zwingend mit grosszügigen Rahmenbedingungen unbürokratisch und mutig, den gesetzlichen Spielraum ausnützend die Ansiedlung von Institutionen, die zur Ausrichtung von Frauenfeld passen, fördern. Dies ist eine entscheidende Aufgabe, die wir positiv beeinflussen können oder wo wir relativ viel vergeben können. Schliesslich stossen wir in den Antworten zu den Fragen 4 und 5 noch deutlich auf Nachwehen der verlorenen AFIP-Abstimmung.

Wenn ich schon hier stehe und der Interpellant sich zum AFIP geäussert hat, möchte ich gern noch in meinem eigenen Namen zwei oder drei Sätze sagen. Aufarbeitung: Es ist ein Volkentscheid, es ist so entschieden worden. Und wenn wir die Augen ein bisschen offenhalten, gerade im Bereich Stichwort Tänikon, was wir da erleben, bin ich mir nicht so sicher, ob das Aufsplittern auf zu viele Standorte in ähnlichen Bereichen sehr trendy ist. Von Bern her sicher nicht. Und was da sinnvoll ist, wenn wir auch schon sehen, gerade die Abdeckung der tertiären Bildung in unserer Region, dann wird das sicher schwierig. Ich kann das ja nicht verhindern, wenn Sie das aufarbeiten wollen, dürfen Sie das selbstverständlich.

Gemeinderat Claudio Bernold (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Die Mitglieder der Fraktion FDP haben die Antwort des Stadtrats auf die Interpellation betreffend „Förderung der höheren Bildung in Frauenfeld“ eingehend diskutiert. Wir bedanken uns für die ausführlichen Antworten zu den gestellten Fragen. Die Fraktion FDP begrüsst die Haltung des Stadtrats, Frauenfeld für Institutionen der tertiären Bildung mittels möglichst guter Rahmenbedingungen betreffend Standort, Infrastruktur und Beziehungspflege als attraktiven Standortpartner zu präsentieren. Die Fraktion teilt auch die Meinung des Stadtrats, dass nicht die Stadt in erster Linie auf tertiäre Bildungsinstitute zugehen muss. Bund und Kantone sind die Träger der tertiären Bildungsinstitute und koordinieren untereinander das Hochschulwesen. Wir sind der Meinung, dass wir im Thurgau kein grundlegendes Problem bezüglich fehlender Anbindung an die Hochschulen haben. Der Standort Frauenfeld ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern den Anschluss zu allen Hochschulen innert nützlicher Frist. Ein allfälliger Fachkräftemangel dürfte weniger mit den fehlenden Bildungsinstituten zusammenhängen, einen viel grösseren Einfluss dürften die Steuern und das Lohngefüge haben. Der Stadtrat zeigt in seiner Antwort sehr wohl auf, dass er mögliches Potenzial für innovative Institute erkennt. Man nenne dabei die Armee und den Informatikbereich, vor allem in der Kombination Armee und Informatikbereich, aber auch die Landwirtschaft. Abschliessend möchten wir noch anmerken, dass uns die Antworten des Stadtrats nicht erstaunen und aufgrund der Fragestellung der Interpellation kaum weitergehende Ergebnisse zu erwarten waren.

Gemeinderat Stefan Geiges (CVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Unsere Fraktion dankt dem Stadtrat für die treffenden Antworten. Wir interpretieren die Antworten so: Der Stadtrat ist sich bewusst, dass die Förderung der höheren Bildung wichtig ist, er hat aber auch begriffen, dass dies ein Puzzle des gesamten Spiels ist. Sie haben richtig gemerkt, ich habe mit Absicht nicht gesagt, dass dies „nur“ ein Puzzle ist, sondern „ein Puzzle“ des gesamten Spiels.

Zum AFIP sage ich persönlich, und ich sage es noch einmal: Für eine solche Institution hat mir damals und auch heute das Funkeln in den Augen der Stadtführung wie auch der Verantwortlichen gefehlt. Und ich glaube, für mich war der Entscheid damals dementsprechend immer noch richtig. In diesem Sinn bedanken wir uns für die Antwort des Stadtrats und sind eigentlich mit dieser Antwort völlig einverstanden.

Gemeinderat Andreas Elliker (SVP): Ich wurde direkt von Gemeinderat Heinrich Christ in seinem Votum angesprochen. Es ist ja nun zwei Jahre her, ich habe mir jetzt in Kürze durch deine Aufforderung nochmals Gedanken gemacht, was damals der Grund für diese Kampagne war. Ich gehe auf die wenigen Punkte ein.

Grundsätzlich waren wir nicht gegen Bildung und Forschung in Frauenfeld. Ich spreche auch im eigenen Namen. Aber wir sehen ganz klar, dass es nicht die Aufgabe der Stadt ist, wie es mein Fraktionskollege Christian Mader vorhin mitgeteilt hat, dafür Geld auszugeben. Es ist auch so, dass der Bund und der Kanton unserer Stadt immer alle Aufgaben zuschieben, sodass unsere Rechnung immer mehr aufgeblasen wird von Aufgaben, welche früher Bund und Kanton vorgenommen haben. Die Bildung ist aus meiner Sicht grundsätzlich wirklich Sache von Bund und Kanton.

Ich kann auch noch kurz etwas zum Standort Tänikon sagen. Ich bin Lehrmeister für Landwirtschaftslehrlinge. Ich war an einer Landwirtschaftstagung in Tänikon und ich kann Ihnen sagen – das wird vielleicht Ruedi Huber als Vizedirektor nicht so gerne hören –, die Swiss Future Farm – ich hoffe, ich habe diesen englischen Namen richtig gesagt – ist für uns Landwirte nicht finanzierbar, was die Technik betrifft. Man hat einen Agrarkonzern, der sehr grosse Traktoren hat. Die jungen Landwirte werden nach Tänikon geschickt und sehen die grossen Traktoren, die wir gar nicht finanzieren können. Von daher ist das für mich nicht unbedingt das beste Beispiel. Das heisst nicht, dass ich gegen einen Forschungsstandort Tänikon bin. Aber was dort geforscht wird, ist für uns in der Praxis nicht finanzierbar.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH): Vielen Dank für eure aufschlussreichen Beiträge. Das Wort Aufarbeitung habe ich jetzt spontan in meinem Votum eingefügt. Es ist so, ich persönlich brauche gar keine Aufarbeitung. Ich möchte jetzt nicht darlegen, wie ich beim AFIP abgestimmt habe, aber jene, die in der Spezialkommission 2030 dabei waren, können sich vielleicht noch erinnern, dass ich eigentlich damals schon die ähnlich kritischen Fragen gestellt habe, wie sie nachher vom Initiativkomitee vorgebracht wurden. Ich kann gut damit leben, dass dieses spezifische Projekt abgelehnt wurde. Mir ist es jetzt wichtig, dass wir nach vorne schauen und sagen, dass es kein Grundsatzentscheid gegen spannende Projekte in diesem Bereich.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Ich danke Ihnen für die wohlwollende Aufnahme der Beantwortung der Interpellation. Sie haben es richtig verstanden, der Stadtrat ist selbstverständlich nach wie vor sehr aktiv, was das Schaffen guter Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Wirtschaft und auch von Forschungs- und Bildungsinstitutionen betrifft. Uns liegt eine umfassende Entwicklung der Stadt sehr am Herzen und wir teilen natürlich die Ziele, eine lebensfähige und aktive Stadt aufzubauen und weiterzuentwickeln. Dass die Kompetenz für die tertiäre Bildung aber nicht bei uns liegt, ist systembedingt. In diesem Sinn setzen wir uns wie gesagt vor allem für die attraktiven Rahmenbedingungen ein und werden dort, sobald wir angefragt werden, auch aktiver. Aber selber aktiv eine Bildungs- und Forschungsinstitution aufzubauen – ich denke, das war eine der Antworten, die wir bei der Abstimmung vor zwei Jahren bekamen. Wir bekamen ein Nein, das doch relativ deutlich war, das kein grundsätzliches Nein zu Bildung und Forschung war, das habe ich auch so verstanden, aber sehr wohl eine kritische Haltung, und zwar in zwei Richtungen. Zum einen zu einem städtischen Engagement in dieser Sache, das haben wir von Andreas Elliker gehört, und zum anderen zum Thema, das haben wir von Heinrich Christ gehört. Und, und das ist auch ganz spezifisch für solche Projekte, es gibt manchmal Allianzen, die sich zusammenfinden und die dann Projekte scheitern lassen. Ich denke, das wird auch bei anderen Themen wieder so sein und man wird sich jedes Mal voll und ganz einsetzen müssen. Ich für meine Person halte für mich, dass ich durchaus manchmal auch das Funkeln in den Augen hatte, aber offenbar habe ich noch nicht genug gefunktelt. Solange ich nicht geflunkert habe, macht das ja nichts.

Wie die Auswirkung für Tänikon gewesen wäre, das ist natürlich heutzutage etwas müssig. Aber immerhin hat Regierungsrat Walter Schönholzer bei der Debatte im Grossen Rat zum Thema Tänikon auf die Abstimmung zum Agro Food Innovation Park referenziert und gesagt, dass das Signal, welches dort mit dem Nein gesendet wurde, für den Bildungs- und Forschungsstandort Thurgau oder Ostschweiz nicht unbedingt förderlich gewesen ist. Wie dem auch sei, wir haben in Frauenfeld verschiedene Trümpfe in der Hand. Wir haben zum einen eine sehr gute Anbin-

derung an Institutionen, sei es Zürich, Winterthur, sei es auch Konstanz, sei es St. Gallen. Wir haben gute Rahmenbedingungen in Frauenfeld selber für BZT zum Beispiel. Und wir haben, und das darf man nicht vergessen, sehr viele Arbeitgeber, die Lehrstellen anbieten. Ich denke, das geht zwar nicht im engeren Sinn unter tertiärer Bildung, aber im weiteren Sinn, nämlich in dem Sinn, dass eine gute Lehre oft auch eine Voraussetzung ist, um sich nachher an einer Fachhochschule weiterbilden zu können. Insofern denke ich, haben wir sehr gute Rahmenbedingungen, und Frauenfeld als Stadt und das Amt für Standortförderung und Stadtentwicklung im Besonderen wird sich weiter dafür einsetzen, dass wir diese attraktiven Rahmenbedingungen weiterentwickeln.

176

ERNEUERUNG HALLENBAD: VARIANTENENTSCHEID FÜR EINEN NEUBAU AM BISHERIGEN STANDORT SOWIE GEWÄHRUNG EINES KREDITS VON 350'000 FRANKEN FÜR DIE DURCHFÜHRUNG EINES ARCHITEKTURWETTBEWERBS UND DIE AUSARBEITUNG EINES VORPROJEKTS EINTRETEN, MATERIELLE BERATUNG, BESCHLUSSFASSUNG

Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer (CVP): Es steht uns die Botschaft Nr. 31 des Stadtrats vom 20. Februar 2018 mit den Anträgen auf Seite 26 zur Verfügung. Das Geschäft wurde von der GPK Bau, Werke, Anlagen behandelt. Ich schlage Ihnen folgendes Vorgehen vor: Nach der Eintretensdebatte erfolgt die materielle Beratung, in der anfangs auch nochmals allgemeine Bemerkungen, Wünsche und Anträge angebracht werden können. Allfällige Anträge sind mir schriftlich abzugeben. Anschliessend werden wir über den Antrag abstimmen. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden?

Gemeinderat Michael Lerch (FDP), Referent im Namen der GPK Bau, Werke, Anlagen: Die GPK hat an ihrer Sitzung vom 15. März dieses Jahres die Botschaft beraten. An der Sitzung standen der GPK Stadtrat Ruedi Huber und Amtsleiter Freizeitanlagen Fabrizio Hugentobler zur Verfügung. Nach 44 Betriebsjahren besteht im gesamten Hallenbad ein grosser Sanierungsbedarf. Die dringlichste Massnahme und somit der Auslöser ist die Dachsanierung. Weil die vorfabrizierten Betonkassettenelemente aufgrund der Alterung den statischen Anforderungen nicht mehr genügen, müssen sie bis ins Jahr 2020 ersetzt werden. Die umfangreiche und informative Botschaft half den GPK-Mitgliedern, sich rasch im Thema einzufinden. Ebenfalls hilfreich war für die GPK-Mitglieder, dass das Amt für Freizeitanlagen vor einiger Zeit Führungen durch die Technikräume und hinter die Kulissen des Hallenbads durchführte. Diese Führungen zeigten deutlich auf, dass Sanierungsbedarf und vor allem auch Platzmangel für die Technik, welche immer umfangreicher wird, besteht. In der Diskussion über das Eintreten oder nicht, warf ein Mitglied die Frage auf, ob nicht bereits jetzt eine Volksabstimmung sinnvoll wäre, um bei der Stimmbevölkerung abzuholen, ob sie weiterhin ein Hallenbad wünscht oder nicht. Dies mit dem Hintergedanken, dass bei einer späteren Abstimmung über das Projekt auch Bezug auf das Volks-Ja zum Kredit über 350'000 Franken genommen werden könnte. Es wurde diesbezüglich in der GPK aber kein Antrag gestellt, da die Diskussion auch ergab, dass keine Mehrheit für dieses Anliegen vorhanden war. Die GPK war in der Folge einstimmig für Eintreten.

Gemeinderat Michael Hodel (EVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Die Fraktion CVP/EVP hat sich mit der vorliegenden Botschaft intensiv auseinandergesetzt, betrifft es doch ein Geschäft von finanziell und gesellschaftlich grosser Tragweite. Landauf landab sind Kommunen von ähnlicher Grösse wie Frauenfeld dieser Tage mit ähnlicher oder gleicher Fragestellung konfrontiert. An vielen Orten wurden in den Sechziger- bis Siebzigerjahren angesichts des allgemeinen Nachkriegsaufschwungs und neugewonnenen Wohlstands Hallenbäder gebaut. Diese sind überall in die Jahre gekommen und grosse Investitionen sind notwendig. Wie wir wissen, lässt sich ein kommunales Hallenbad kaum kostendeckend betreiben. Wir können es nur als Dienstleistung der öffentlichen Hand gegenüber unserer Bevölkerung ansehen. Wir kennen kein Beispiel, wo eine mittelgrosse oder grosse Gemeinde ein Hallenbad nach Jahren wieder aufgeben

hätte. Es ist für uns deshalb klar, dass das Bad einem Bedürfnis entspricht und der Erhalt oder die Erneuerung erwartet wird. Es ist uns bewusst, dass auch die umliegenden Gemeinden von dieser Dienstleistung profitieren, ohne sich finanziell massgeblich zu beteiligen. Es ist aus unserer Sicht aber kaum realistisch, in Zukunft substantielle Unterstützung von dieser Seite zu erhalten. Unsere Fraktion ist einhellig der Meinung, dass die Dienstleistung Hallenbad auch weiterhin von der Bevölkerung gewünscht ist und bauliche Massnahmen notwendig sind. Wir stimmen deshalb geschlossen für Eintreten.

Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer (CVP): Den Voten entnehme ich, dass das Eintreten unbestritten und somit stillschweigend genehmigt ist.

Materielle Beratung

Gemeinderat Michael Lerch (FDP), Referent im Namen der GPK Bau, Werke, Anlagen: In der materiellen Diskussion wurde von Stadtrat Huber nochmals klar darauf hingewiesen, dass aus Sicht des Stadtrats ein Bad am heutigen Standort auch städtebaulich Sinn macht. Denn die Besucher des Bads sorgen aufgrund der zentralen Lage unserer Freizeitanlage auch für eine Belebung des Stadtzentrums. Zudem würde die örtliche Trennung von Hallen- und Freibad betrieblich diverse Nachteile und Mehrkosten auslösen. Nachdem in früheren Jahren immer wieder saniert und leicht ausgebaut wurde, machen weitere Sanierungen keinen Sinn mehr, weil das Ganze immer mehr zu einem Flickwerk wird, das nur noch bedingt sinnvoll betrieben werden kann.

Von einem GPK-Mitglied wurde die Frage gestellt, ob es für den Architekturwettbewerb nicht sinnvoller wäre, das Pflichtenheft offener zu formulieren, um so vielleicht eine noch bessere Lösung zu finden. Sowohl Fabrizio Hugentobler als auch Stadtrat Huber sahen diese offenere Ausschreibung als kontraproduktiv an, weil die Vergleichbarkeit zwischen den Projekten verschlechtert würde. Von mehreren GPK-Mitgliedern wurde dieses Vorgehen auch klar unterstützt. Ebenfalls begrüsst wurde, dass nicht ein architektonisches Kunstwerk erstellt werden soll, mit welchem ein Architekturpreis gewonnen werden kann, sondern ein Zweckbau, bei welchem die betrieblichen Abläufe gut funktionieren und die Nutzer sich wohlfühlen. Das soll erstellt werden.

Einiges zu diskutieren gab das Thema Wellnessbereich. Hier ist die Meinung klar. Es soll im Wettbewerb ein sinnvoller Platz für einen Wellnessbereich vorgesehen sein. Der Wellnessbereich muss aber bei der Projektausführung weggelassen oder allenfalls auch später noch realisiert werden können. Ob der Wellnessbereich in einem Zusatzbau, welcher über den allgemeinen Zugang erschlossen wird, oder durch die Aufstockung des Gebäudes realisiert wird, ist offenzulassen. Hier sind die Ideen der Architekten gefragt. Die Tendenz war aber auch, dass es nicht Aufgabe der Stadt sein kann, einen Wellnessbereich zu betreiben. Dies müsste eine private Organisation übernehmen.

Begrüsst wurde von diversen GPK-Mitgliedern der Versuch, die Kosten der verschiedenen Varianten auf Seite 10 der Botschaft gegenüberzustellen. Das auch im Wissen, dass gewisse Punkte auf Annahmen beruhen. Trotz der Annahmen gibt die Gegenüberstellung doch einen gewissen Vergleich, welcher auch sehr aufschlussreich ist.

Von einem GPK-Mitglied wurde der Antrag gestellt, dass aus der Botschaft auf Seite 22 zwei Absätze zu möglichen Finanzierungsvarianten gestrichen werden sollen. Dieser Antrag wurde mit 2 Ja gegen 5 Nein klar abgelehnt.

Zum Schluss stimmte die GPK über die Anträge ab. Die Anträge 1 und 2 wurden mit 6 Ja bei 1 Enthaltung deutlich angenommen; dem Antrag 3 wurde dann schliesslich einstimmig zugestimmt. Die GPK empfiehlt dem Gemeinderat somit auch eine deutliche Zustimmung zu den Anträgen.

Gemeinderat Michael Hodel (EVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Die Botschaft ist aus unserer Sicht sehr gut und fundiert erarbeitet und gut durchdacht. Das Konzept und das vorgeschlagene Vorgehen widerspiegeln grösstenteils unsere Meinung. Wir bedanken uns für die seriöse Arbeit des Stadtrats und des Amtsleiters. Es ist für uns klar, dass umfassende Erneuerungsmassnahmen notwendig sind. Eine erneute Investition in die marode Bausubstanz macht aus unserer Sicht keinen Sinn. Aus der Retrospektive betrachtet war bereits die letzte grosse Umbauetappe nicht genügend weitsichtig geplant, wodurch uns noch ein Restbuchwert bleibt, den wir zusätzlich zu den Investitionen zu finanzieren haben. Einige aus unserer Fraktion hätten durchaus auch Sympathie für einen Standort in unmittelbarer Nähe zu den Sportanlagen Kleine Allmend und der Eishalle aufgebracht, sehen aber ein, dass dies nur schwer und kostspielig umsetzbar wäre, zumal die Armee nicht bereit ist, nördlich der A7 Land zu veräussern. Wir hätten uns auch einen Neubau anstelle des Sportbeckens vorstellen können, sehen aber, dass dies für den Betriebsfluss weniger optimal wäre und zu noch höheren Kosten führen würde. Unsere Fraktion wird den Antrag 1 aufgrund der genannten Argumente einstimmig gutheissen.

Bezüglich der geplanten Wasserfläche sind wir der Meinung, dass die vorgeschlagene Variante einem guten Kompromiss entspricht. Frage ich meine Kinder, wüssten sie natürlich möglichst viele Rutschen und unbedingt ein Sprungbecken. Da dies aber mit erheblichem personellem Mehraufwand beim Aufsichtspersonal und damit höheren laufenden Kosten verbunden wäre, soll aus unserer Sicht darauf verzichtet werden.

In Bezug auf den Wellnessbereich überzeugen uns die teils genannten Argumente nicht, dass dies der einzig gewinnbringend zu betreibende Teil des Bads wäre und wir diesen leichtsinnig aus der Hand geben. Wir sind der Meinung, dass Wellness einem Trend entspricht, der nicht zwingend längerfristig erhalten bleibt. Es soll keinesfalls ein weiterer potenzieller künftiger Kostenträger für die Stadt entstehen. Es ist deshalb aus unserer Sicht eine Forderung, dass ein etwaiger Wellnessbereich räumlich klar vom Badebereich abgetrennt in einem eigenen Annexbau untergebracht würde. Eine Realisierung soll nur erfolgen, wenn langjährige Betreiber oder Investoren gewonnen werden können. Unsere Fraktion stimmt auch Antrag 2 einstimmig zu.

Antrag 3 und damit die Frage nach dem Architekturwettbewerb wurde in unserer Fraktion besonders intensiv und hitzig behandelt. Die Angst kam auf, dass ähnlich wie bei anderen durch die öffentliche Hand realisierten Bauten andere Massstäbe als bei privaten Investoren zum Tragen kommen und die Kosten per se höher sind. Aus unserer Sicht ist vor allem die Zusammensetzung des Preisgerichts wichtig und soll gut durchdacht sein. Als Vorgabe soll klar definiert werden, dass ein kostengünstiger Zweckbau gewünscht ist. Kriterien für uns sind 1. und prioritär eine technisch optimierte Anlage mit gut durchdachten Abläufen, 2. mit geringerer Priorität günstig im Unterhalt und langlebig und 3. mit ansprechend gestalteter Hülle. Es spricht unserer Ansicht nach nichts gegen Querdenker oder Nachwuchsteams, die sich gegebenenfalls auch finanziell interessante Varianten ausdenken. Wichtig in einem solchen Fall ist auf jeden Fall, dass das notwendige Ingenieurwissen vorhanden ist oder von extern eingekauft wird. Unsere Fraktion bejaht den vorgeschlagenen Weg und spricht sich geschlossen für die Gewährung eines Kredits über 350'000 Franken für einen Architekturwettbewerb aus. Wir sind gespannt auf die Ergebnisse und hoffen, dass die prognostizierten Kosten unterschritten werden können. Wir stimmen auch dem dritten Antrag zu und empfehlen auch Ihnen, die drei Anträge anzunehmen.

Gemeinderat Robert Zahnd (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Obwohl auch unserer Fraktion klar ist, dass ein Hallenbad nicht kostendeckend geführt werden kann, unterstützen wir alle drei Anträge. Wir danken dem Stadtrat für die transparente Botschaft. Auch wir sehen mehr Vorteile bei einem Neubau als bei einer Innovation, bei der dann verschiedene Teile beinahe 50 Jahre alt bleiben.

Der Stadtrat beantragt in Antrag 2 eine Wasserfläche von rund 1000 Quadratmetern gegenüber heute 730 Quadratmetern. Für uns erfüllt auch die Variante C mit 915 Quadratmetern diese Anforderung.

Ein Annexbau für einen späteren Wellnessbereich soll in die Planung miteinbezogen werden, dieser soll aber erst erstellt werden, wenn ein Investor bekannt ist, der den Wellnessbereich führt und auch den Bau erstellt oder diesen mindestens zu den Folgekosten mietet. Wellness ist klar keine Aufgabe der Stadt.

Für eine Mitfinanzierung der Anlage sollen die Nachbargemeinden angefragt werden. Wollen sich diese aber nur mit einem Scheinbetrag beteiligen, können wir gut darauf verzichten. Dann muss aber über verschiedene Eintrittspreise für Einheimische und Auswärtige diskutiert werden. Wir erwarten, dass das Volk über einen späteren Projektierungskredit abstimmen kann.

Gemeinderat Ralf Frei (SP), Referent im Namen der Fraktion SP/GWB/Juso: Eine Sanierung lohnt sich nicht mehr. Diese Ansicht vertritt der Stadtrat mit der vorliegenden Botschaft zur Erneuerung des Hallenbads und wählt die Variante Neubau am bisherigen Standort. Gut so. Auch wir sind der Ansicht, dass das jetzige Hallenbad am besten mit dem Wort Flickwerk umschrieben werden kann. Eine weitere Sanierung des Frauenfelder Hallenbads würde das Problem Flickwerk eben nicht aufheben, sondern nur aufschieben. Natürlich besteht bei der Variante Neubau das Problem mit den Restbuchwerten, die abgeschrieben werden müssen, allerdings würde dieses Problem wohl auch zu einem späteren Zeitpunkt auf die Stadt zukommen, wenn wir das Flickwerk jetzt mit einer Sanierungsvariante weiterführen würden. Der bisherige Standort soll auch der zukünftige Standort sein. Auch das ist grundsätzlich die richtige Entscheidung. Es macht auf jeden Fall Sinn, wenn das Hallenbad zusammen mit dem Freibad betrieben wird, da sich dieses noch in gutem Zustand befindet. Unserer Meinung nach bringen wir die Badi nirgends näher an die Leute als am jetzigen Standort. Wir fordern aber, dass die Stadt die Leute näher an die Badi bringt. Laut vorliegender Botschaft gilt die ÖV-Anbindung mit der Haltestelle Schlosspark als genügend bis gut. Wir sind allerdings der Meinung, dass die ÖV-Anbindung effektiv nur knapp genügend ist. Gerade für ältere Leute ist die schonende Bewegung im Wasser sehr wichtig, für diese kann aber der Weg vom Schlosspark bis zur Badi anstrengend sein. Abhilfe würde da eine Bushaltestelle direkt vor der Badi schaffen. Bei einer Grobkostenschätzung für einen Neubau des Hallenbads von 33 Mio. Franken sollten wir die neue Anlage für alle möglichst gut erreichbar machen. Und natürlich hat ein Hallenbad mit den vorgeschlagenen Ausmassen auch eine Bushaltestelle mit dem Namen Badi verdient.

Die Parkplätze direkt vor dem Eingang der heutigen Badi gehören nach Meinung der SP unter die Erde. So hätte der Stadtbus Platz zum Wenden und es würde nicht so viel Fläche mit abgestelltem Blech verschandelt. Auf jeden Fall müssen aber die Parkierungsmöglichkeiten bei der Badi besser signalisiert werden, der Schleichverkehr nützt nun wirklich niemandem etwas.

In der Botschaft wird immer wieder auf das Schulschwimmen als wichtiger Grund für den Neubau des Hallenbads hingewiesen. In Zukunft wollen mindestens vier Schulgemeinden aus der Region Frauenfeld das Hallenbad für das Schulschwimmen benutzen. In diesem Fall ist natürlich richtig und wichtig, den Schulen eine solche Möglichkeit zu bieten. Allerdings finden auch wir, dass es nicht die Aufgabe der Stadt Frauenfeld ist, diese Möglichkeit allein zu bieten. Wir sehen hier die politischen und die Schulgemeinden in der Pflicht, sich an den Investitionen in ein neues Hallenbad für die Region Frauenfeld zu beteiligen, ansonsten wird ein Ausbau der Preisdifferenzierung nötig und dies ist, wie wir finden, nicht Sinn der Sache.

Der geplanten Wasserfläche stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber. Die einzelnen Flächen sollen alle ein wenig grösser werden, als die entsprechenden Becken es zurzeit sind. Es macht Sinn, dass die Kosten nicht proportional auf die Wasserflächen gerechnet werden können. Deshalb erachten wir den Ausbau dieser Flächen im vorgeschlagenen Mass als nötig und richtig, wenn wir uns schon ein neues Hallenbad leisten wollen.

Der Zweck der Attraktivitätssteigerung mit den ein bis zwei Rutschen sehe ich bereits als erfüllt, da der Sohn einer Ratskollegin sich jetzt schon darauf freut. Bezüglich des Verzichts auf ein Sprungbecken fragen wir uns, ob mit einem Hubboden das schlechte Kosten-Nutzen-Verhältnis

nicht mit relativ einfachen Mitteln verbessert werden könnte. Ein solches Becken, welches zum Beispiel während der Woche für die Aquafitter und am Wochenende für die springbegeisterten Besucher genutzt wird, würde sicher auch wieder zur Attraktivitätssteigerung beitragen.

Die Erstellung einer temporären Traglufthalle während der Bauzeit möchten wir dem Stadtrat nahelegen. Dadurch könnte die Abwanderung eines Teils der Kundschaft sicher verkleinert werden.

Stadtrat Ruedi Huber hat an der Sitzung der GPK versichert, dass es sich beim neuen Hallenbad um einen Zweckbau handeln soll. Diese Aussage wurde sehr positiv aufgefasst und stösst auch bei unserer Fraktion auf Wohlwollen. Wir finden, mit dieser Botschaft ist ein wichtiger Grundstein dazu gelegt, und die Stadt kann den Architekten, die am Wettbewerb teilnehmen, klare Vorgaben unterbreiten. Als weitere Vorgabe wäre es aus unserer Sicht aber sinnvoll, den Architekten vorzuschreiben, dass beim Dach des Neubaus im Sinn der Energiestrategie Solarpanels mindestens verschraubt werden können. Ob diese direkt beim Bau des Hallenbads montiert werden oder ob dies der Stadtrat erst zu einem späteren Zeitpunkt ins Auge fassen wird, spielt dabei keine Rolle. Wir sind einfach der Meinung, dass die Möglichkeit dafür bestehen muss.

Die Fraktion SP/GWB/Juso dankt dem Stadtrat und allen Beteiligten für die sorgfältig ausgearbeitete Botschaft und wird allen drei Anträgen zustimmen.

Gemeinderat Sandro Erne (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Die Fraktion FDP hat die Botschaft zur Variantenwahl und den Kreditantrag über 350'000 Franken für den Architekturwettbewerb eingehend studiert und diskutiert. Dass das Hallenbad saniert und neu gebaut werden muss, ist für die Fraktion FDP unbestritten. Wer an den Führungen durch die Katakomben des Hallenbads teilnahm, konnte sich eins zu eins davon überzeugen und musste nicht einmal Gebäudehüllenspezialist sein. Das Hallenbad ganz aufzugeben, würde die Stadt Frauenfeld in der Attraktivität deutlich schwächen und ist für die FDP keine Option. Die Variante C, also der Neubau am bestehenden Standort bietet insbesondere im Zusammenhang mit den künftigen Betriebskosten die besten Resultate auf die 33-jährige Betriebszeit. Die FDP unterstützt die Vorgehensweise des Stadtrats, damit mit diesem Wettbewerb die Grundlagen zur detaillierten Beurteilung des Projekts geschaffen werden können. Aus Sicht der FDP ist auf folgende Punkte besonderes Augenmerk zu legen:

1. Es soll sich um einen Zweckbau handeln, bei dem bewährte, normengerechte und energieeffiziente Bautechniken und Materialien verwendet werden sollen. Keine Architekturexzesse.
2. Dem Kosten-Nutzen-Verhältnis soll hohe Beachtung geschenkt werden.
3. Angrenzende Liegenschaftsbesitzer sind in den Prozess einzubeziehen bzw. zu informieren, um allfällige Verzögerungen des Baus und des damit verbundenen Betriebsunterbruchs mit den wiederum daraus resultierenden Kosten zu vermeiden.
4. Die Bemühungen, die Aussengemeinden von einer finanziellen Beteiligung zu überzeugen, müssen vehement weitergeführt werden. Hierzu ist zu sagen, dass sich die FDP weiterhin für faire Eintrittstarife einsetzen wird.

Auch wenn die Prognosen eines neuen Bads sagen, dass die zusätzliche Nettobelastung gegenüber heute rund 0.5 Steuerprozent höher sein könnte, könnte das Projekt mit Kompensationen in anderen Bereichen der Stadtrechnung auch ohne Steuererhöhung realisiert werden.

Die Fraktion FDP dankt für die saubere Botschaft und stimmt den Anträgen einstimmig zu.

Gemeinderätin Irina Meyer (GLP), Referentin im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP. Wie fast alle Frauenfelder verbindet auch unsere Fraktion viele schöne Momente mit unserem Hallenbad. Dieses tolle Angebot soll eine Stadt wie Frauenfeld auch in Zukunft anbieten können. Deswegen begrüssen wir das Vorgehen des Stadtrats, und dank der ausführlichen Botschaft und den Infoveranstaltungen haben wir uns ein gutes Bild der momentanen Situation machen können und sind der Meinung, dass der nächste Schritt der richtige ist.

Eine vernünftige Frauenfelder Variante. So könnte man die Variante C auch nennen. Denn sowohl die Variante B, eine Sanierung, als auch die Variante D, einen Neubau an der Stelle des 50-Meter-Beckens hören sich verlockend an. Gegenüber einem Neubau hat die Sanierung ein tieferes Kostenniveau, und ein Neubau über dem 50-Meter-Becken braucht keine Betriebsunterbrechung und das Personal kann voll weiterbeschäftigt werden. Uns überzeugen aber die Vorteile eines zeitgemässen Neubaus am bisherigen Standort. Sei es kostentechnisch und städtebaulich gegenüber der Variante D oder in jeder Hinsicht effizienter als eine Sanierung des in die Jahre gekommenen Hallenbads.

Der Stadtrat legt einen guten Budgetvergleich mit den verschiedenen Varianten vor. Besten Dank dafür. Der Stadtrat rechnet im Budgetvergleich mit Zinskosten, die auf einem durchschnittlichen Zins von 2 % beruhen. Wir erachten diese Annahmen als deutlich zu optimistisch. Zwar sind die Zinsen aktuell sehr tief, aber niemand weiss, wie lange diese Baisse in der Zinswelt, allerdings nur für die Schuld noch dauern wird. Beim Hallenbad geht es um eine Dauer von 33 Jahren. Und ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass die Zinsen sehr grosse Schwankungen haben können und es sehr schnell auch wieder aufwärtsgehen kann, dass also über eine lange Dauer vorsichtig kalkuliert werden muss. Wir müssen den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern auch diesbezüglich reinen Wein einschenken. Denn es geht dabei um die jährliche Belastung, die zu tragen sein wird. Wir fordern den Stadtrat auf, in der Projektbotschaft mit einem realistisch deutlich höheren Zins im Bereich von 3-4 % zu rechnen.

Unser neues Hallenbad mit dieser Grösse und Präsenz im öffentlichen Raum soll ein zukunftsfähiger Bau sein. Nicht nur in ökonomischer Hinsicht, sondern auch in ökologischer, sozialer, nicht zuletzt in ästhetischer. Wie schon erwähnt, ein solcher Bau ist für unser Stadtleben nicht zu unterschätzen. Es soll ein Treffpunkt für Familien, ein Raum für Sportler und Naherholung für viele Menschen sein. So sehen wir den Nutzen dieses Gebäudes und viele Chancen, welche ein Neubau bringen kann. Dennoch ist es auch unsere Aufgabe, über die Finanzierung zu diskutieren. Es wird uns Frauenfelder drei Steuerprozentante kosten. Deswegen ist es auch richtig, dass am Ende das Siegerprojekt des Architekturwettbewerbs dem Volk vorgelegt wird. Mit der Zentrumsfunktion, welche Frauenfeld trägt, zahlt aber nur etwa ein Drittel aller Badegäste zusätzlich zum Eintrittspreis mit den Steuern für dieses tolle Angebot. In der Botschaft schreibt der Stadtrat, dass ein Auswärtigentarif zur Diskussion steht, da die Regiogemeinden sich mehrheitlich nicht an einem Neubau beteiligen wollen. Wir sind keine Fans dieses Auswärtigentarifs. Für die Stadtfinanzen viel wichtiger ist eine bessere grundsätzliche Abgeltung der Zentrumslasten, insbesondere ein fairer Soziallastenausgleich. Dafür brauchen wir nebst dem Kanton die kleineren Gemeinden, auch unsere Nachbargemeinden. Es ist deshalb besser und schlauer, in diese Richtung Überzeugungsarbeit zu leisten und Druck zu machen, als auf dem Auswärtigentarif herumzureiten. Wichtig für die Einnahmeseite ist auch eine korrekte Abgeltung von den Schulgemeinden. Korrekt heisst für uns kostendeckend im Rahmen einer Vollkostenabrechnung. Alles andere würde bedeuten, dass die Stadt die Schulgemeinde quer finanziert. Aufgrund der Zahlen in der Botschaft befürchten wir, dass die Schulen keinen kostendeckenden Beitrag zahlen werden. Wir fordern den Stadtrat auf, dies zu prüfen. Falls unsere Befürchtung zutrifft, müssen die Beiträge der Schule entsprechend erhöht werden. Wir bitten, uns über das Ergebnis dieser Prüfung zu orientieren und behalten uns eine einfache Anfrage vor.

Und zu guter Letzt: Uns ist es wichtig, dass der optionale Wellnessbereich auch wirklich nur als Option im Wettbewerb behandelt wird. Sprich, ein Auf- oder Anbau, welcher zu einem späteren Zeitpunkt durch Dritte realisiert werden kann. Wir teilen hier die Haltung des Stadtrats, dass dies nicht im Aufgabenbereich der Stadt ist. Unsere Fraktion freut sich auf die Ergebnisse eines erfolgreichen Architekturwettbewerbs.

Gemeinderat Michael Pöll (Grüne), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP: Ich möchte gern noch etwas zu zwei ökologischen Aspekten dieser Botschaft sagen. Der Hallenbadneubau soll ja im Minergie-ECO-Standard gebaut werden. Dies freut uns besonders, besonders natürlich die Grünen aus der Fraktion. Vor etwa fünf Jahren haben wir im Rahmen der Erneuerung des

Energierichtplans genau diesen Zusatz für kommunale Bauten vorgeschlagen, der dann auch übernommen wurde. Und wie man sieht, hinterlässt er jetzt Spuren im Bauportfolio der Stadt Frauenfeld. Der Zusatz ECO ist wahrscheinlich etwas, was hier im Saal nicht so geläufig ist. Das macht nichts, es ist etwas für Spezialisten, man kann aber in wenigen Worten sagen, es ist ein Baustandard, welcher gesunde Bauten macht. Ich weiss nicht, ob sie sich noch an das Schulhaus Ost Felben-Wellhausen erinnern können. Wenn man dieses nach ECO gebaut hätte, wäre das dort nicht passiert und die öffentliche Hand hätte vermutlich ein paar 100'000 Franken sparen können. ECO macht auch kompakte Gebäude, das heisst, man braucht wenig Ressourcen, um die bestellte Nutzfläche zur Verfügung zu stellen. Erfahrungsgemäss sind kompakte Bauten auch kostengünstige Bauten. Dies ist dann eigentlich eine Win-Win-Situation für die Bauherrschaft, also die Stadt Frauenfeld und auch für die Umwelt. Soweit ich informiert bin, wäre dieses Hallenbad das erste Minergie-ECO-Gebäude der Stadt Frauenfeld.

Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer (CVP): Entschuldigung Gemeinderat Michael Pöll, ich bitte Sie, Hochdeutsch zu sprechen. Das wird aufgenommen und es ist dann eher schwierig, wenn man das Schweizerdeutsche ins Hochdeutsche übersetzen muss, damit es dann wortgerecht aufgeschrieben wird. Ich danke Ihnen.

Gemeinderat Michael Pöll (Grüne): Ich habe das so aufgeschrieben und kann Ihnen das auch noch schriftlich abgeben. Aber ich kann es auch ablesen, wenn das gewünscht ist. Ich finde es etwas holprig.

Der zweite Aspekt, der uns noch interessiert, ist die geplante Verwendung von Geldern aus dem Energiefonds. Mit diesen Geldern soll ein Teil der aufgrund der Energieeffizienzaufgaben entstehenden Zusatzkosten finanziert werden. Es ist uns nicht klar, welche Energieeffizienzaufgaben damit gemeint sind. Der angestrebte Minergie-ECO-Standard kann es nicht sein, dieser ist gemäss kantonalem Energiegesetz und Richtplan Energie Pflicht, genauso wie die Wärmepumpe, die sich aus der Nutzung der Fernwärme aus der Kläranlage ergibt. Wir erachten es als wenig sinnvoll, mit einem aus Steuergeldern gespeisten Fonds Massnahmen zu finanzieren, die von Gesetzes wegen sowieso mit Steuergeldern ausgeführt werden müssen. Da beisst sich irgendwie die Katze in den Schwanz. Wir sind der Ansicht, dass mit dem Energiefonds Massnahmen gefördert werden sollen, die sonst aus Kostengründen nicht umgesetzt würden. Wir denken da zum Beispiel an besonders energieeffiziente Wärmepumpentechnologien oder auch am Wärmepumpen mit Arbeitsmitteln, die kein oder nur ein sehr geringes Treibhauspotenzial haben. Wir möchten den Stadtrat bitten, auch solche Massnahmen zur Förderung zu prüfen.

Zum Schluss noch eine persönliche Bemerkung: Es wurde jetzt mehrfach genannt, dass wir keine Architekturikone wollen, sondern einen Zweckbau. Das schliesse ich nicht aus, das ist ja gerade Sinn und Zweck des Architekturwettbewerbs, dass auch eine Ikone – eine Zweckbauikone im Rahmen des Budgets entstehen kann.

Gemeinderat Peter Hausammann (CH), Referent im eigenen Namen: Erlauben Sie mir eine persönliche Bemerkung zur Finanzierung durch Verkauf von Liegenschaften, die der Stadtrat auf Seite 22 der Botschaft als Variante Verflüssigung von Finanzvermögen darstellt. Ich bin mir nicht so sicher, wie ernst es dem Stadtrat mit dieser Variante ist. Theoretisch ist das natürlich möglich. Einerseits schreibt der Stadtrat von einem probaten Mittel, andererseits hält er doch fest, die alleinige Absicht, andere Investitionen so mitzufinanzieren, beschränke den Einfluss auf Gestaltung und Entwicklung der Stadt. Ich warne eindringlich davor, Liegenschaften als Finanzierungsvehikel zu betrachten. Zum einen aus finanzpolitischen Gründen. Die Stadt ist auf die stabilen und stetig sprudelnden Liegenschaftserträge angewiesen. Zum anderen weil wir, Stadtrat, Gemeinderat und Volk, konkrete Ziele für die städtische Bodenpolitik formuliert haben. Zum Teil vor kurzem, zum Teil ist es schon länger her. Nämlich die Förderung einer planmässigen städtebaulichen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Handänderung muss immer im öffentlichen Interesse liegen. Das ist in Art. 1 des Reglements über die Bodenpolitik festgehalten. Und die Erhaltung und Schaffung von preisgünstigen und qualitativ guten Wohnungen, das ist in Art.

1 Abs. 1 des Reglements über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum festgehalten. Wir können auch nicht einfach Liegenschaften verkaufen, nur weil die Stadt gerade ein bisschen Geld braucht. Tafelsilber darf nicht verscherbelt werden. Ausser Sie wollen mich wieder einmal auf die Barrikaden steigen sehen. Quintessenz: Verkäufe von Grundstücken scheiden als planmässiges Finanzierungsinstrument aus. Verkäufe richten sich vielmehr nach den Zielen der städtischen Bodenpolitik. Immerhin gilt natürlich, dass daraus resultierende Gewinne, wenn Grundstücke verkauft werden, die den Zielen der Bodenpolitik entsprechen, zur Tilgung von Schulden und Krediten eingesetzt werden können, die für grössere Investitionen wie zum Beispiel die Erneuerung des Hallenbads aufgenommen werden mussten.

Und noch eine Schlussbemerkung: In letzter Zeit mussten wir verschiedentlich ungenügende Botschaften kritisieren. Deshalb hier ausdrücklich ein Lob. Nochmals eins, die Kritik kam ja seinerzeit auch mehrfach. Diese Botschaft ist zum einen eine ausführliche, transparente und gut dokumentierte Entscheidungsgrundlage für den zu treffenden Variantenentscheid. Zum anderen erachte ich auch die Abwägungen, die den Stadtrat zum Antrag auf Variante C brachten, als klar und gut nachvollziehbar.

Und wenn ich gerade schon hier stehe, erlaube ich mir noch eine Bemerkung zur Sprache hier in unserem Rat. Hochdeutsch, muss ich einfach klar festhalten, ist in unserem Geschäftsreglement nicht vorgeschrieben. Wir haben das im Rahmen Teilrevision Geschäftsreglement sogar diskutiert und wir haben das ganz bewusst nicht weiterverfolgt. Sondern wir haben grossmehrheitlich gesagt, jeder soll so sprechen können, wie ihm der Schnabel gewachsen ist, wie es ihm am besten geht. Wir wollten und wollen kein künstliches Hindernis, wir wollen keine Bevorzugung von Leuten, die gewohnt sind, Hochdeutsch zu sprechen, wie das zum Beispiel Juristen oder andere sind. Deshalb gilt es, diejenigen, die wollen, dürfen Mundart sprechen. Es ist zwar so, für das Protokoll wäre es natürlich besser, aber nur deshalb, weil wir das Protokoll nicht mehr mit Papier machen, so könnte man es ja auch noch regeln, und das eben aufgenommen wird, das Protokoll ist zu wenig wichtig, um diesen grundsätzlichen Anspruch, sich so äussern zu können, wie man es am besten kann, einzuschränken.

Gemeinderat Roman Fischer (Grüne), Referent im Namen der Grünen: Zur Absprache mit der CH und GLP hat es nicht mehr gereicht. Und ich verschone Sie mit meinem Baseldeutsch und bleibe beim Hochdeutsch. In der Botschaft zur Erneuerung des Hallenbads wird auch die Verkehrsanbindung behandelt. Es wird ja davon ausgegangen, dass in Zukunft mehr Besucher ins Hallenbad kommen sollen. Laut Mobilitätskonzept 2030 müssten 40 % der neuen Besucher mit ÖV und 50 % zu Fuss oder mit dem Velo anreisen. Die Erschliessung ist heute mit ÖV nicht optimal. Die Idee der SP mit der Haltestelle Badi finde ich begrüßenswert und sehr gut, aber wahrscheinlich wird das nicht so schnell realisiert. Darum muss der Erschliessung für Fussgänger und Velofahrer ein besonderes Augenmerk gewidmet werden. Heute stehen rund um das Hallen- und Freibad drei Orte für Velos zur Verfügung. Bei zwei ragen die Velos in den markierten Veloweg, einer davon ist an einem denkbar schlechten Ort gelegen, am weitesten entfernt von beiden Eingängen. Beim grossen Hauptabstellplatz ist nur ein Drittel der Plätze mit einem asphaltierten Belag versehen, was nicht velofreundlich ist. Und auf den legalen Abstellflächen hat es keine Plätze für Velos mit Veloanhänger oder Schattenvelos. Und es sind ja gerade viele Familien, die das Bad benutzen. Zudem ist die Zufahrt übers Murgbrüggli vom Coop her immer noch nicht für Velos erlaubt. Der Velodurchgangsverkehr und die Zufahrt von Süden her werden über den Parkplatz geleitet, was gefährlich ist. Alles in allem eher eine Verlegenheitslösung und alles andere als ideal und einladend, das Velo zu benutzen. Für die Fussgänger und ÖV-Benutzer orte ich vor allem von den Haltestellen am Marktplatz her Verbesserungspotenzial. Die Ampel an der St. Gallerstrasse ist ein Ärgernis und die Überquerung der Schlossmühlestrasse ist nicht ideal und ohne Fussgängerstreifen. Ich möchte meine Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass beim Architekturwettbewerb auch die Gestaltung des Bereichs ausserhalb des Bads ein entsprechendes Gewicht hat. Und alles, was nicht Teil des Wettbewerbs sein kann, parallel dazu vom städtischen Tiefbauamt unter die Lupe genommen wird. Die Fusswege aus allen Richtungen, die Veloabstellplätze und die Zu- und Durchfahrt für Velos sollten bei der Eröffnung möglichst gut gelöst

und auch bereit sein. Nicht wie bei der neuen Migros im Multiplexgebäude an der Langfeldstrasse, wo erst Wochen nach der Eröffnung noch ein Fussgängerstreifen mit Insel geschaffen wurde. Hier wird für die nächsten Jahrzehnte gebaut, daher sollte die Erreichbarkeit zu Fuss und mit dem Velo möglichst optimal sein. Das wäre die Chance, ein Zeichen bei einem grossen öffentlichen Bau zu setzen, dass man es als Stadt Frauenfeld mit der Förderung von Fussgängern und Velofahrern wirklich ernst meint.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH): Auf die Gefahr hin, dass Sie denken, unsere Ratsseite sei etwas geschwätzig, möchte ich doch noch in meinem eigenen Namen etwas sagen. Aber ich kann Ihnen versprechen, es ist keine trockene Materie. Sie können sich jetzt mit mir zusammen Bilder vorstellen. In der laufenden Debatte schon in der GPK habe ich etwas zu oft das Wort Zweckbau oder kostengünstiger Zweckbau gehört. Gemeinhin, das können Sie auch googeln, versteht man unter Zweckbau einen Bau, der nur dem engsten Zweck gilt und keine gestalterischen Elemente aufweist. Wir haben hier in Frauenfeld Beispiele. Wenn Sie Burgerfan sind, kennen Sie vielleicht den Burger King an der Zürcherstrasse, vielleicht waren Sie mal im Allmendcenter, das ist ein Zweckbau im engeren Sinn, so würde die Badi dann aussehen. Vielleicht sehe ich jetzt nur Gespenster und sie sehen es ähnlicher als ich. Denn man kann darüber nachdenken, was eigentlich der Zweck der Badi ist. Es geht ja nicht nur darum, dass man warm duschen oder Längen hin und her schwimmen kann, die Badi, insbesondere auch das Freibad ist ein Ort, um seine Freizeit zu verbringen, gerade für die Menschen, die keinen eigenen Garten besitzen. Und darüber hinaus, und das ist mir auch ganz wichtig, haben öffentliche Bauten auch noch einen anderen Zweck, und der betrifft auch die Menschen, die die Badi gar nie von innen sehen. Sie sind Marker im öffentlichen Raum und sie müssen eine gewisse Qualität aufweisen. Jetzt dürfen Sie sich nochmals Bilder machen. Stellen Sie sich einmal vor, das Rathaus, alle unsere Schulhäuser, die Kirchen, die Bahnhöfe, die Kasernen usw., alle öffentlichen Bauten, die wir hier und in anderen Städten in hoher Qualität haben, wären als Zweckbauten errichtet worden, nicht zuletzt auch die bestehende Badi – das wäre einfach schade.

Stadtrat Ruedi Huber (SVP): Zuerst möchte ich mich im Namen des Stadtrats bei Ihnen allen ganz herzlich bedanken für die sehr gründliche Beschäftigung mit unserer Vorlage, die fundierten Voten sowie die wertvollen Hinweise und Empfehlungen für unsere weitere Bearbeitung des Projekts. Wir werden diese sehr gern aufnehmen. Ich selber habe sehr viel Respekt vor der heutigen Entscheidung. Es geht nämlich nicht einfach um einen Kredit von 350'000 Franken für einen Architekturwettbewerb, sondern es geht bereits heute um die Zukunft unseres momentan 45-jährigen Hallenbads. Und es geht um das zukünftige Freizeitanlagenangebot in unserer Stadt und gleichzeitig auch um deren Attraktivität, darauf ist ja jetzt auch hingewiesen worden. Ich selber habe deshalb viel Feuer in meinen Augen bei diesem Projekt, auch wenn Sie das auf Distanz nicht so gut sehen, Gemeinderat Geiges. Leider geht es aber auch um sehr viel Geld, das wissen wir alle, ein Neubau des Hallenbads bedeutet eine Investition von rund 1'200 Franken pro Einwohner, oder in einer anderen Masseinheit ausgedrückt geht es um eine Investition von 70 % der Kosten, welche aufgebracht werden müssen für die Sanierung der Schulanlage Auen.

Gern gehe ich an dieser Stelle noch auf einige ihrer Voten ein:

Betreffend Investitionsbeihilfen können wir die Regiogemeinden sicher nochmals angehen. Die Chance, dass wir von mehr als zwei Gemeinden der Region entsprechende finanzielle Mittel erhalten, schätze ich jedoch aufgrund der geführten Gespräche weiterhin als gering ein. Und das Risiko, dass wir einfach Anstandsbeiträge, kleine Beiträge erhalten und keine Preisdifferenzierung mehr machen können, besteht.

Betreffend des für den Variantenvergleich gewählten Zinssatzes gestehe ich ein, dass wir diesen eher zu tief angesetzt haben. Es geht aber um einen relativen Vergleich von vier Varianten. Es ging ja darum, die vier Varianten vergleichen zu können, und es muss berücksichtigt werden, dass wir als Stadt deutlich bessere Zinskonditionen erhalten als private Investoren. Für kurzfristige Darlehen muss die Stadt momentan praktisch gar nichts mehr bezahlen, und es gibt Städte,

die leben sogar noch von den Schulden, die sie haben, siehe unser westlicher Nachbar. Es ist vermutlich die erste Vorlage, bei welcher auch die Kapitalzinsen einbezogen werden. Aber es ist klar, für die nächste Vorlage werden wir höhere Zinssätze ansetzen, weil wir dann nur noch ein Projekt haben. Das nehmen wir auf.

Der Beitrag unserer Schulgemeinde an den heutigen Hallenbadbetrieb ist tatsächlich relativ klein. Er entspricht seit jeher nur einem Teil der effektiv anfallenden Kosten. Gern werden wir deshalb Ihrem Rat entsprechend das Gespräch mit unserer Schulbehörde suchen. Gleichzeitig gilt es jedoch zu bedenken, dass durch eine Tarifierhöhung für die Schule schlussendlich kein einziger Steuerfranken eingespart werden kann, weil die Primarschulgemeinde von den gleichen Leuten finanziert werden muss wie die Stadt. Aber die Kostentransparenz können wir klar erhöhen.

Betreffend Energiefonds bin ich nach wie vor der Meinung, dass auch Geld aus diesem Topf für die Erneuerung des Hallenbads genutzt werden soll. Das Ziel des Energiefonds ist es, die Energieeffizienz der städtischen Gebäude und Anlagen zu verbessern und gleichzeitig auch den CO₂-Ausstoss zu reduzieren und auch dafür zu sorgen, dass solche Arbeiten rascher vorgenommen werden, als wenn dieses Geld nicht zur Verfügung stehen würde. Mit dem Neubau des Hallenbads können beide Ziele in einem überaus hohen Mass erreicht werden. Ich kann Ihnen im Moment keine weiteren Projekte und städtische Bauten nennen, wo wir in diesem grossen Umfang etwas für die Reduktion der Klimazerstörung tun können.

Die Wasserflächendifferenz von 10 % zwischen der Machbarkeitsstudie und der definitiv vorgeschlagenen Wasserfläche hat voraussichtlich einen eher geringen Einfluss auf die Gesamtkosten. Kostentreibend sind die notwendigen technischen Anlagen unterhalb der Wasserflächen – das zeigt auch das Projekt des Hallenbads Kreuzlingen, welches genehmigt worden ist – sowie die Anzahl der Badegäste. Erfahrungswerte zeigen, der Bademeister soll mich korrigieren, wenn es nicht stimmt, dass pro Hallenbadbesucher 1 Kubikzentimeter Harn ausgeschieden wird und dieser muss natürlich auch wieder herausgefiltert werden. Das wird bei uns natürlich schnell herausgefiltert, nicht dass Sie das Gefühl haben, Sie gehen nicht mehr baden.

Dann bin auch ich der Meinung und der Stadtrat ist der Meinung, dass wir kein Tafelsilber, also Landflächen einfach verscherbeln wollen, damit wir das Hallenbad finanzieren können. Da unterstütze ich sehr das Votum von Gemeinderat Hausammann, das kann geschehen, wenn man gleichzeitig ein weiteres Ziel damit verfolgt. Und diese Unterstützung ist nicht nur wegen des Lobs, welches Sie der Botschaft ausgesprochen haben und welches ich sehr schätze, sondern es ist mir ernst damit.

Nun komme ich zum Schluss. Heute fällen Sie einen Grundsatzentscheid, in welche Richtung der Frauenfelder Hallenbadzug fahren soll. Richtung Sanierung, Richtung Neubau oder Richtung Stilllegung – auch das wäre eine Variante. Jedes dieser Reiseziele hat Vor- und Nachteile. Unsere Aufgabe war es, den Weichenstellern, also Ihnen hier im Saal, die notwendigen Entscheidungsgrundlagen sowie eine Reiseempfehlung vorzulegen. Ich hoffe, dass uns dies einigermaßen gelungen ist und Sie unseren Entscheidungsprozess nachvollziehen konnten. Und natürlich hoffe ich nun auch, und da bin ich jetzt wirklich gespannt, dass Sie den drei Anträgen des Stadtrats mit einer verlässlichen Mehrheit zustimmen. Uns Verantwortliche würde dies ausserordentlich freuen. Ich denke auch das Personal des Hallenbads. Uns würde es gleichzeitig auch sehr motivieren, dieses herausfordernde, schöne und spannende Projekt im Sinn des Gemeinderats weiter voranzutreiben.

Abstimmung

Antrag 1 wird einstimmig angenommen.

Antrag 2 wird mit 35 Ja bei 1 Enthaltung angenommen.

Antrag 3 wird einstimmig angenommen.

Gemeinderatspräsidentin Susanna Dreyer (CVP): Wir sind am Schluss der heutigen Traktandenliste angelangt. Ich habe noch einfache Anfragen erhalten:

- von Gemeinderat Kurt F. Sieber „Kinderfreundliche Gemeinde ist auch behindertenfreundliche Gemeinde?“
- von Gemeinderat Kurt F. Sieber „Kontrolle Gastronomiebetriebe und Wirteprüfung“
- von Gemeinderat Michael Pöll „Einsatz von versenkbaren Pollern in Frauenfeld“

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 30. Mai 2018 um 18:00 Uhr statt. Ich danke Ihnen für Ihre Mitarbeit, die engagierten Voten und dem Stadtrat für die ausführlichen Stellungnahmen. Ich danke auch Beat Dürger und seinem Team für die tolle Vorbereitung, Herbert Vetter und seinen Helferinnen für die aufliegenden Unterlagen und der Stadtgärtnerei für den wiederum sehr schönen Blumenschmuck. Es ist jetzt 19:35 Uhr. Die offizielle Ratssitzung ist damit geschlossen und ich wünsche Ihnen allen eine gute Heimkehr und für die Fussballfans ein gutes Gelingen für die Mannschaft, für die ihr seid.

- - -

Schluss der Sitzung: 19:35 Uhr
